

## In Kürze

## RUSSISCHE BLOGGER-BERICHTE

**Kiews Truppen bringen Technik über den Dnipro**

Die ukrainischen Truppen haben russischen Berichten zufolge ihre Präsenz am südlichen Ufer des Flusses Dnipro im südukrainischen Gebiet Cherson ausgebaut. Es gebe Anzeichen für die Verlegung von gepanzelter Technik über den Fluss, teilte das US-Institut für Kriegsstudien ISW unter Berufung auf russische Militärblogger mit. Zudem sollen inzwischen mehr als 300 ukrainische Soldaten auf das vorher russisch kontrollierte Ufer übersetzt haben. Von ukrainischer Seite lagen keine Bestätigungen vor. Der Großteil des Gebiets Cherson ist weiter von russischen Truppen besetzt. Die Frontlinie in der Südukraine verläuft entlang des Dnipro. (dpa)

## NACH COSTA-RÜCKTRITT

**Portugals Präsident spricht mit Parteichefs**

Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident António Costa in Portugal infolge eines Korruptionsskandals hat Präsident Marcelo Rebelo de Sousa mit mehreren Parteichefs über die nächsten Schritte gesprochen. Eine Entscheidung wird jedoch erst nach der Staatsratstagung am Donnerstag erwartet. Der Präsident könnte das Parlament auflösen und eine Neuwahl ausrufen, die dann wohl Anfang 2024 stattfinden würde. Es ist aber auch möglich, dass Rebelo de Sousa die Sozialistische Partei (PS) des zurückgetretenen Costa mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Costa war am Dienstag im Zuge von Korruptionsermittlungen überraschend zurückgetreten. (dpa)



Antonio Costa, Ex-Premierminister von Portugal, trat zurück.

## REFERENDUM IN US-BUNDESSTAAT

**Ohio verankert das Recht auf Abtreibung in der Verfassung**

Nach heftigen politischen Kämpfen wird in einem weiteren US-Bundesstaat das Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankert. In einem Referendum in Ohio sprach sich am Dienstag eine Mehrheit der Wähler für diesen Schritt aus. Zuvor hatte es bereits ähnliche Referenden in den Bundesstaaten Michigan, Kalifornien und Vermont gegeben, die ebenfalls im Sinne von Abtreibungsbefürwortern ausgingen. Künftig ist das Recht auf Abtreibung in Ohio bis zur Lebensfähigkeit des Fötus verfassungsrechtlich geschützt – also ungefähr bis zur 24. Schwangerschaftswoche – und auch darüber hinaus, sofern das Leben der Mutter gefährdet sein sollte. Restriktivere Gesetzesvorhaben in dem Bundesstaat werden mit der Verfassungsänderung ausgehebelt. (dpa)



Das israelische Militär teilte den Gazastreifen am Sonntag in einen Nord- und einen Südteil.

## Zwei-Staaten-Lösung oder Besetzung? Fünf Szenarien für Gaza

Von Tilman Schröter

Seit einem Monat führt Israel Krieg gegen die radikalislamische Hamas im Gazastreifen als Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober, bei dem mehr als 1400 Menschen getötet wurden.

Das erklärte Ziel des jüdischen Staates: die Vernichtung der Hamas und die Befreiung der Geiseln, die sich immer noch in Gaza befinden. Tausende Zivilisten in Gaza starben unterdessen bei den Luftangriffen der israelischen Streitkräfte (IDF), Hunderttausende flohen in den Süden. Zuletzt rückten israelische Bodentruppen ins Zentrum von Gaza-Stadt vor. Israel schafft also kurzfristig Fakten. Aber welche Zukunft ist langfristig für den Gazastreifen vorstellbar?

**Szenario 1: Eine Zwei-Staaten-Lösung**

Es ist der Lösungsansatz, der in der Geschichte des Nahostkonfliktes immer wieder aufkommt: Die Zwei-Staaten-Lösung. Am Mittwoch bezeichneten die Außenminister der G7-Staaten einen eigenständigen palästinensischen Staat neben Israel für die einzige langfristige Lösung im Gaza-Krieg.

„Arabisch-israelische Kriege haben in der Vergangenheit manchmal zu überraschenden Ergebnissen geführt – nach dem Yom-Kip-



Johannes Becke ist Professor für Israel- und Nahoststudien an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg.



Peter Lintl ist Politikwissenschaftler an der Stiftung Wissenschaft und Politik und beschäftigt sich im Schwerpunkt mit israelbezogenen Fragen.



Gideon Rahat ist Politikwissenschaftler an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

pur-Krieg kam der Frieden zwischen Israel und Ägypten, auch wenn es immer ein kalter Frieden blieb“, sagt Johannes Becke, Professor für Israel- und Nahoststudien an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. „Auch ich würde davon ausgehen, dass der Gaza-Krieg allen Beteiligten klarmacht, dass es keine ernsthafte Alternative gibt zur Zwei-Staaten-Lösung“, sagt Becke.

**Szenario 2: Teilung oder Besetzung?**

Am Sonntag verkündete die israelische Armee die Teilung des Gazastreifens in einen Nord- und Südteil. Der Norden Gazas gilt als Zentrum der Hamas. Durch die Teilung sollte es den dort lebenden Zivilisten ermöglicht werden, in den Südteil zu gelangen. Könnte Israel Nord-Gaza besetzen, während im Süden eine Art gigantisches Flüchtlingslager entsteht? Oder könnte Israel sogar den ganzen Streifen wieder einnehmen?

„Ich halte es für ausgeschlossen, dass Israel Teile des Gazastreifens annektiert – dafür gibt es weder das grüne Licht der USA noch eine breite Mehrheit in der israelischen Bevölkerung“, erklärt Johannes Becke. „Jede Form der arabisch-israelischen Annäherung würde damit auf lange Sicht untergraben.“

**Szenario 3: Rückkehr zum Status quo**

Israel besiegt die Hamas, zieht sich aus Gaza zurück – und alles ist wieder wie vor dem 7. Oktober, nur mit einer stärker gesicherten Grenze. Ein realistisches Szenario? „Das ist nicht unwahrscheinlich“, sagt Peter Lintl von der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Aber das wäre ein Scheitern von Israels Kriegszielen. Denn das wäre ja eine Rückkehr zur Ausgangssituation, mit der Möglichkeit für die Hamas sich neu aufzustellen.“ Eine Rückkehr zur Ausgangssituation wäre also ein deutliches Scheitern der israelischen Politik, weil selbst durch stärkere Zäune und mehr Überwachung Israel nur vermeintlich sicherer wäre, sagt Lintl.

Gideon Rahat, Politikwissenschaftler an der Hebräischen Universität in Jerusalem, hält das für möglich, aber für eine schlechte Option. „Niemandem wäre damit gedient: Israel müsste weiterhin mit der Hamas verhandeln und die Palästinenser im Gazastreifen, die nicht der Hamas angehören, müssten einen hohen Preis zahlen – und weiterhin unter der Terrororganisation leben.“

**Szenario 4: Die Palästinenser umsiedeln**

Die Umsiedelung aller Palästinenser in Gaza war eine Forderung, die für Aufregung sorgte. In einem Strategiepapier aus dem israelischen Geheimdienstministerium wurde der Vorschlag unterbreitet, die zivile Bevölkerung in den Sinai, also auf die zu Ägypten gehörende Halbinsel an der Grenze zu Israel, zu evakuieren. Jordanien kommentierte das scharf. Versuche, Palästinenser aus dem Gazastreifen oder dem Westjordanland zu vertreiben, oder Bedingungen, das vorzubereiten, werde das Königreich als „Kriegserklärung“ betrachten, so der jordanische Ministerpräsident Bisher al-Khasawneh am Montag.

So glaubt auch Johannes Becke, dass eine solche Umsiedlung ernsthafte Konsequenzen hätte: „Jenseits von kurzfristigen Evakuierungen würde dieses Szenario die arabisch-israelischen Beziehungen aber auf lange Sicht massiv beschädigen.“

**Szenario 5: Internationale Verwaltung**

Eine weitere Möglichkeit ist, den Gazastreifen unter die Verwaltung einer internationalen Staaten-Gruppe zu stellen – oder die der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Gideon Rahat sieht eine internationale Verwaltung skeptisch. „Internationale Kontrolle wäre eine Option. Israel würde dies nur ungern zulassen, da es für seine eigene Sicherheit verantwortlich sein möchte“, sagt er.

Auch eine Verwaltung durch die PA ist Teil der Diskussion. Am vergangenen Sonntag traf sich US-Außenminister Antony Blinken mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, der Bereitschaft signalisierte, wieder „volle Verantwortung“ für den Gazastreifen zu übernehmen. „Eine Aufwertung der Palästinensischen Autonomiebehörde ist das wahrscheinlichste Szenario“, sagt Johannes Becke. „Golfstaaten, die die Muslimbruderschaft und die Hamas mit Skepsis beobachten, könnten eine solche Rückkehr der Autonomiebehörde finanziell unterstützen – vielleicht am ehesten dann, wenn Israel gegenüber der PA diplomatische Zugeständnisse macht.“